

Straßburg, den 19. Dezember 2018

**Pressemitteilung**

**Verbot von Einweg-Plastik: frühzeitiges Weihnachtsgeschenk für Mensch, Tier und Umwelt**

Am frühen Mittwochmorgen haben sich die EU-Institutionen auf eine neue Richtlinie zum Einwegplastik geeinigt. EU-Kommission, -Parlament und Rat haben sich darauf verständigt, Einwegartikel wie Strohhalme, Besteck und Wattestäbchen sowie Kunststoffbecher und Lebensmittelbehälter aus expandiertem Polystyrol vollständig zu verbieten. Außerdem wird unter anderem die Tabakindustrie verpflichtet, sich an der Entsorgung von Zigarettenkippen zu beteiligen und die Richtlinie sieht Sammelziele für Getränkeflaschen vor. Die Richtlinie tritt im Frühjahr 2021 in Kraft.

Die grüne Europaabgeordnete **Tilly Metz** zeigt sich zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis:

*„Nachdem die EU-Kommission noch vor wenigen Jahren jede Notwendigkeit für Plastikverbote bestritten hat, ist die Einigung ein großer Erfolg für die Umweltbewegung und die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament. Die neuen Regeln werden entscheidend dazu beitragen, den Plastikmüll in den Meeren und in der Umwelt zu verringern und somit auch Mensch und Tier vor den negativen Konsequenzen zu schützen.“*

*Diese Gesetzgebung ist ein Meilenstein im Kampf gegen Plastikverschmutzung in der Umwelt und in den Meeren. Mit dem Verbot verschiedener Plastikprodukte, den neuen Informationspflichten auf Plastikprodukten und mit ambitionierten Recycling-Zielen setzt die Europäische Union ein starkes Zeichen gegen fahrlässigen und umweltverschmutzenden Konsum. Für die Grünen im Europaparlament ist es ein großer Erfolg, dass das Verbot auf Oxo-Plastik, ausgedehnt wurde.*

*Der heutige Erfolg zeigt, dass wir mit starken Grünen im Europaparlament und Druck aus der Zivilgesellschaft ambitionöse Umweltpolitik in Europa machen können. Das heute beschlossene Einweg-Plastik-Verbot geht auf die konkreten Sorgen der Menschen ein und bietet Lösungen, die ihren Alltag positiv beeinflussen. Nur so stärken wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäischen Institutionen.“*